



liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe november 2003

Herausgeber

Harald Berzl,
Vorsitzender des FDP-Be-
zirksverbandes Berlin-Mitte
Leipziger Straße 61
10117 Berlin
Tel./Fax: 030 - 208 24 19
liberalcentral@fdp-mitte.de

Distribution

700 Stück digital (.pdf)
200 Stück Print

Chefredakteur

Nils Augustin
augustin@liberal-central.de

Redakteure

Harald Berzl, Violetta Hart-
mann, Gaby Heise, Kathrin
Jung, Jan Losemann, Erwin
Loßmann, Martin Matz,
Dörte Other, Piotr Paw-
lowski, Martina Rozok,
Henner Schmidt, Sascha
Tamm, Johannes Winter

Autoren dieser Ausgabe

Mehmet Daimagüler, Bern-
hard Elias, Marcos Grob-
ecker, Kurt Lehner, Dag-
mar Schröder, Annett Witte

FDP in Mitte im Internet

BV Mitte:
www.fdp-mitte.de
www.liberal-central.de

OV Friedrichstadt:
www.fdp-gewinnt.de
www.liberalweb.de

OV Oranienburger Tor:
www.fdp-ot.de

OV Wedding:
www.fdp-wedding.de

Bankverbindung

FDP Mitte
Konto 0653 386 104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

Beiträge mit Namenszei-
chen geben die Meinung
ihres Autors wieder.

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe november 2003
www.liberal-central.de

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,

diese November-Ausgabe von LC fällt in eine Zeit, in der wir Li-
berale auf der Ebene des Bundes, des Landes und des Bezirks
Mitte das Fundament legen für die politische Arbeit des kom-
menden Jahres und auch darüber hinaus.

Der Bundesvorsitzende hat auf die Kritik an mangelnder Vitalität
und ordnungspolitischer Konsequenz der Bundes-FDP reagiert
und ein Positionspapier vorgelegt, das in die richtige Richtung
weist. Es ist zu hoffen, dass sich das Verständnis der FDP als
dynamischer liberaler Avantgarde gegen mutlosen und intellektu-
ell unaufrichtigen Klientelismus durchsetzen kann. Uninspirierte
Besitzstandswahrer gibt es zum Schaden Deutschlands (und Eu-
ropas!) in den anderen, den sozialdemokratischen Parteien, genug.

Auf Landesebene geht die Arbeit an unserem Perspektivpapier
„Berliner Freiheit“ weiter. Alle Parteifreunde und Sympathisanten
der liberalen Sache sind aufgerufen, sich zu beteiligen; für die
kommenden Monate sind auch viele Veranstaltungen zum Thema
geplant. Im Frühjahr werden wir dann hoffentlich den Bürgern
unserer Stadt einen überzeugenden, kreativen und kraftvollen
liberalen Entwurf für Berlin aus einem Guss präsentieren können.

Im Bezirk Mitte können wir uns weiter an Lebendigkeit, Aktivität
und stark wachsenden Mitgliederzahlen erfreuen. Der Bezirksver-
band Mitte will und wird auch weiter daran arbeiten, durch kolle-
gialen Geist und Professionalität, durch effektive Kommunikation
im Inneren und nach Außen und durch Schaffung neuer Räume
für liberales Engagement im Bezirk der liberalen Sache dienen zu
können und auch sein Gewicht im Landesverband zu stärken.

In diesem Kontext noch eine Feststellung von LC in eigener Sa-
che: Der Herausgeber hat entschieden, dass Erklärungen über
Rücktritte in LC nicht abgedruckt werden. Als das richtige Forum
für Begründung und Diskussion solcher Schritte möge der Be-
zirksausschuss gelten.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Die FDP hatte immer eine Vorreiterrolle. Sie
ist als Avantgarde gut gefahren. Sie darf und
wird ihre hohen inhaltlichen Ansprüche nicht
aufgeben aus Opportunismus.

Otto Graf Lambsdorff

Lagebericht des Vorsitzenden

Ereignisreiche Wochen – jetzt geht es in Mitte weiter voran

von *Harald Berzl*

Hinter uns liegen ein paar ereignisreiche Wochen. Wie Sie vielleicht schon gehört haben, wird es im Bezirksvorstand personelle Veränderungen geben. Herr Maximilian Findeisen ist als Beisitzer zurückgetreten und Herr Henner Schmidt hat seinen Rücktritt mit Wirkung zum 31.12.2003 vom Amt des Bezirksschatzmeisters angekündigt.



Ich bedauere die beiden Rücktritte, da ich mit beiden gerne zusammengearbeitet habe und danke beiden für die vertrauensvolle Zusammenarbeit im Vorstand. Ich verbinde dies an beide auch mit den besten Wünschen für die Zukunft - vor allem an Maximilian Findeisen, der Berlin Anfang nächsten Jahres Richtung Rheinland verlassen wird und hoffe, dass er im fernen Düsseldorf genauso für die liberale Sache eintritt, wie bei uns in Berlin.

Der Rücktritt unseres Bezirksschatzmeisters Henner Schmidt ist auch für den Bezirksvorsitzenden eine einschneidende Veränderung, weil zum einen der Schatzmeister viele Aufgaben hat, die sich aus der Satzung und dem Parteiengesetz ergeben und zum anderen in organisatorischen, finanziellen und anderen wichtigen administrativen Fragen ein wichtiger Ratgeber und Gesprächspartner des Bezirksvorsitzenden ist.

Es freut mich daher, dass der BVV-Fraktionsvorsitzende Henner Schmidt dem Bezirksvorstand als kooptiertes Vorstandsmitglied erhalten bleibt und dass er die Arbeit des Bezirksvorstandes der FDP Mitte unterstützend begleiten kann, so wie der Vorstand ihn bei seiner Arbeit an vorderster Front in der BVV unterstützen wird.

Der Bezirksvorstand hat schon eine ganze Menge an Aktivitäten dieses Jahr gezeigt (z.B. Info-Veranstaltungen, Umwelt-Reihe, programmatische Initiativen), aber wir haben uns auch noch viel vorgenommen (unter anderem die Fortsetzung der umweltpolitischen Gesprächsreihe, die Stadtschloss-Veranstaltung, einen erweiterten Internet-Auftritt des Bezirksverbandes und der BVV-Fraktion sowie einen Neumitgliederabend zu Beginn des nächsten Jahres). Auch deshalb

wird der Bezirksausschuss Mitte auf seiner nächsten Sitzung am 19. November 2003 bereits eine neue Beisitzerin oder einen neuen Beisitzer wählen. Wir wollen unsere Arbeit mit Schwung weiter fortsetzen und wollen daher das Team vervollständigen.

In den letzten Wochen gab es auch einige Irritationen im FDP-Bezirksverband Mitte über die Haltung unseres Bezirksbürgermeisters Zeller, der ja gleichzeitig die Funktion des CDU-Landesvorsitzen bekleidet, in der Frage des Umzugs des Bundesnachrichtendienstes nach Berlin-Mitte. Man kann sich zunächst natürlich erst mal fragen, ob es überhaupt notwendig ist, dass der BND nach Berlin umzieht, denn als der Regierungssitz noch Bonn hieß, war ja die Kommunikation Pullach-Bonn eher unproblematisch und man versteht dann insbesondere nicht, warum neunstellige Beträge angesichts der leeren Haushaltskasse des Bundes für diesen nicht wirklich notwendigen Umzug ausgegeben werden müssen.

Aber nun ist die Entscheidung gefallen und Berlin, vor allem der Bezirk Mitte, sollte sich freuen, dass eine große Bundesbehörde sich hier niederlassen will. Die Bautätigkeit würde zunächst auch Arbeitsplätze bedeuten. Die vielen Bediensteten dieser Bundesbehörde, die aus Pullach hierher umziehen würden, würden wahrscheinlich auch in Mitte wohnen. Dies würde für die kleinen Geschäfte und Gewerbetreibenden (z.B. die Pizzeria, bei der man mittags eine Pizza isst oder das Lebensmittelgeschäft, bei dem man seine Lebensmittel einkauft) einen Umsatzzuwachs bedeuten und dies wiederum würde auch zu erhöhten Steuereinnahmen des Landes Berlin führen. Im Übrigen stimmt es schon sehr nachdenklich, wenn ein Landesvorsitzender der CDU (!) derartig kritisch gegenüber dem Bundesnachrichtendienst auftritt. Er hat wahrscheinlich vergessen, dass der BND eine wertvolle und gute Arbeit macht, demokratisch legitimiert ist und durch den Bundestag kontrolliert wird.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Sie noch auf die nächsten Termine in Mitte hinzuweisen: Die Sitzung des Bezirksausschusses Mitte am 19. November, den Liberalen Stammtisch Mitte am 25. November, die vierte Veranstaltung der Umweltpolitischen Gesprächsreihe am 27. November und unsere geplante Infoveranstaltung zum Stadtschloss-Areal am 2. Dezember 2003 im Roten Rathaus.

Harald Berzl (OV Friedrichstadt) ist Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Berlin-Mitte

Kommentar aus Mitte

Weg mit dem Steuerchaos

von *Annett Witte*

Jede Nation, jeder Mensch pflegt Rituale. In Deutschland gleicht die alljährliche Steuererklärung dem Tanz um das goldene Kalb. Da werden dubiose Steuersparmodelle entwickelt, beispielsweise das (mathematisch unerklärliche) Aufrunden der Kilometerzahl des täglichen Arbeitsweges. Juristisch durchaus bemerkenswerte Fähigkeiten zeigen bei der Auslegung der Frage, ob es sich bei einem klappbaren Futon im Arbeitszimmer um ein Sofa oder gar doch um ein Bett handelt. Und am Ende sind alle glücklich, wenn das Finanzamt ihnen 23,60 Euro „schenkt“.

Alljährlicher Wahnsinn in Deutschland. Das deutsche Steuerrecht hat einen Zustand erreicht, der mehr als nur beklagenswert ist: Es gibt 118 Gesetze, die ausschließlich steuerrechtliche Sachverhalte regeln. Dazu kommen 87 Rechtsverordnungen und 2.042 gültige BMF-Schreiben (in dieser Zahl noch nicht enthalten sind die 1.193 zeitlich befristeten und 1.618 nicht veröffentlichten BMF-Schreiben). 34 Änderungen des Einkommenssteuergesetzbuches hatten Steuerbürger, Steuerberater und Finanzverwaltung in der 14. Legislaturperiode zu verkraften - fast jeder einzelne Paragraph war sogar mehrfach von Novellierungen betroffen. Ganz verrückt war die Situation am Ende des Jahres 2000: Innerhalb von drei Tagen wurde das Einkommensteuergesetzbuch durch sechs Gesetze geändert, wobei absurderweise zum Teil die gerade erfolgten Änderungen wieder modifiziert wurden. Die Vorschrift im Gesetz die regelt, welche Fassung auf einen Sachverhalt denn nun anzuwenden ist, hat inzwischen mehr als 70 Absätze, deren Sinn sich oft nur erschließt, wenn man das in Bezug genommene Bundesgesetzblatt bei der Hand hat.

Es ist geradezu symptomatisch für das deutsche Steuerrecht, dass es von den normalen Bürgern etwas verlangt, was nicht einmal Fachleute noch zu leisten vermögen. Das deutsche Steuerrecht

ist verfassungswidrig: Es widerspricht den Grundsätzen von Demokratie- und Rechtsstaatsgebot, wenn die Bürger die Gesetze, die sie befolgen müssen und deren Befolgung sie mit ihrer Unterschrift bestätigen, kaum auffinden, geschweige denn verstehen können. Es entspricht nicht dem Gleichheitsgebot, wenn sich die Steuerlast nicht an der Leistungsfähigkeit, sondern an der Inanspruchnahme von Steuerberatungsleistungen ausrichtet. Die Vereinigungsfreiheit sieht nicht vor, dass steuerliche Regelungen eine wirtschaftlich sinnvolle Organisationsform verhindern.

Die FDP hat deshalb ein vollkommen neues Einkommensteuergesetz vorgeschlagen, das niedrig, einfach und gerecht ist. Ziel des „Berliner Entwurfes“ ist die Rückbesinnung auf den Grundgedanken der Besteuerung im Verfassungsstaat: Angemessene Teilhabe des Staates am Erwerbserfolg privaten Wirtschaftens zur Erzielung von Staatseinnahmen. Was angemessen ist, gibt die Verfassung vor. Einzig die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit bestimmt die Höhe der Steuerlast. Das Steuerrecht wird radikal vereinfacht: Es soll

nur noch eine einheitliche Einkommensart geben, sowie eine anonyme Abgeltungssteuer auf Zinserträge. Ausnahmeregelungen werden konsequent abgeschafft, typisierende und pauschalierende Regelungen haben Vorrang gegenüber dem Streben nach Einzelfallgerechtigkeit. „Steuern mit Steuern“ wird es nicht geben. Wegen der moderaten Tarifgestaltung und des vollen Freibetrages auch für jedes Kind sinkt die Steuerbelastung trotzdem für alle deutlich.

Jeder Steuerbürger mit durchschnittlichen Einkommensverhältnissen kann nach dem „Berliner Entwurf“ seine Steuererklärung innerhalb einer Stunde auf einer DIN A4 Seite erledigen und hat trotzdem Steuern gespart. Auf das bekannte sieghafte Glücksgefühl bei Zuteilung einer Steuererstattung kann er dann wohl verzichten.

Annett Witte (OV Friedrichstadt) ist persönliche Referentin des Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages und FDP-Steuerexperten Hermann-Otto Solms.

Den FDP-Entwurf zum Einkommensteuergesetz: payments.fdp.de/liberalverlag/shop/csc_articles.php

Der Gastkommentar

Korruption Nein Danke

von *Dagmar Schröder*

Dass Korruptionsbekämpfung in weiten Teilen Deutschlands heute kein Tabuthema mehr ist, ist vor allem einer Organisation zu verdanken. Vor zehn Jahren gründete der ehemalige Weltbankdirektor Peter Eigen in Berlin die Organisation Transparency International (kurz: TI). Der Hauptsitz der Organisation ist bis heute Berlin geblieben, daneben haben sich mehr als 80 nationale TI-Sektionen gegründet. Den Erfolg der Bemühungen beschrieb das Time Magazine 1998 folgendermaßen: „TI has put corruption on the world's agenda.“ Das Thema Korruption auf die Tagesordnung zu setzen, war auch in Deutschland keine leichte Aufgabe. Noch Mitte der 90er Jahre war von nur wenigen schwarzen Schafen die Rede, die in korruptive Vorgänge verwickelt seien; die weit reichenden Folgen von Korruption auf ökonomischer und politischer Ebene wurden heruntergespielt.

Diese Haltung hat sich mittlerweile verändert, und dennoch ist die Existenz von Transparency International in Deutschland nicht überflüssig geworden. Bis heute gibt es in der Bundesrepublik zum Beispiel kein bundesweites Informationsfreiheitsgesetz, das den Bürgern Einsicht in Akten zu öffentlichen Vorgängen (z.B. Beschaffungen und Ausschreibungen) erlaubt und damit auch nachhaltiges Vertrauen in die Verwaltung schaffen würde. In den skandinavischen Ländern bestehen solche Gesetze seit Jahrhunderten. Das Ergebnis spiegelt sich nicht zuletzt in den positiven Rängen, die diese Länder im Korruptionsindex belegen, wider.

Die Einführung eines bundesweiten Zentralregisters zum Ausschluss korrupter Firmen von der öffentlichen Auftragsvergabe mahnt TI schon seit langem an. Nur halbherzig versuchte die derzeitige Bundesregierung zweimal die Umsetzung, scheiterte aber wegen der gesetzlichen Unzulänglichkeiten im Bundesrat. An diesem Beispiel wird der Mangel an Entschlossenheit deutlich, mit der Korruptionsbekämpfung in Deutschland betrieben wird. Gerade in

Zeiten wirtschaftlicher Krisen ist es wichtig, auf ehrlichen und fairen Wettbewerb zu drängen, auch um den Wirtschaftsstandort Deutschland nicht noch weiter in Misskredit zu bringen; ein Zentralregister könnte ferner einen erheblichen Beitrag zum Schutz ehrlicher Unternehmen leisten. Zusätzlicher Verwaltungsaufwand würde übrigens nicht anfallen, da die betreffenden Vorgänge aus strafprozessualen Gründen schon jetzt dokumentiert werden.

Enorme Anstrengungen hat TI in diesem Jahr im Bereich der Bekämpfung von politischer Korruption unternommen. Nach zwei Verhandlungsjahren konnten sich im September die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen auf die endgültige Fassung der UN-Konvention gegen Korruption einigen. Aber nicht ohne Hindernisse:

Die deutsche Delegation hatte noch im Sommer für Unruhe gesorgt, weil sie der in der Konvention vorgesehenen Gleichstellung von Amtsträgern und Abgeordneten in Bezug auf Bestechungshandlungen nicht zustimmen wollte. TI hat daraufhin die rechtspolitischen Sprecher aller Fraktionen um Stellungnahme gebeten und die Bundesregierung aufgefordert, diese Passage der Konvention nicht länger zu blockieren.

Während sich die Regierungsfaktionen für einen weiten Amtsträgerbegriff aussprachen, erklärte die FDP-Fraktion, dass sie die Bundesregierung auffordern werde, „einer weitergehenden Regelung über die Strafbarkeit von Abgeordnetenbestechungen nicht zuzustimmen“. Geholfen hat es zum Glück nichts. Der Druck der Medien wurde so stark, dass die deutsche Delegation in der letzten Verhandlungsrunde ihr Veto zurückgezogen und der Konvention zugestimmt hat. Am 9. Dezember wird der Vertrag in Mexiko unterzeichnet werden, danach steht die Ratifikation im Deutschen Bundestag an. Dann wird sich der deutsche Liberalismus auch entscheiden müssen, ob er sich dem Kampf gegen die Korruption in jener Frage weiterhin weigern will.

Dagmar Schröder ist die Geschäftsführerin der deutschen Sektion von „Transparency International“, der „Koalition gegen Korruption“: www.transparency.de



Zum Thema

Kulturpolitik im Bezirk

von *Bernhard Elias*

Bezirkskulturpolitik ist mehr als jede andere öffentliche Kulturpolitik unmittelbar den in ihrem Einzugsbereich lebenden Menschen verpflichtet. Im neuen Bezirk Mitte, in dem wie in keiner anderen „Kommune“ in ganz Deutschland alle drei Verwaltungsebenen extrem prominent vertreten sind – der Bund quasi durch die Museumsinsel und das Land durch die diversen Bühnen – passiert es zu schnell, dass die Belange der Bezirkskulturpolitik insbesondere in den weniger prominenten Regionen wie Moabit oder Wedding untergehen. Um jedoch zu verhindern, dass im Bezirk irgendwann nur noch die Parameter der nationalen Repräsentation bzw. des Kulturtourismus das Sagen haben, benötigt die kommunale Kulturpolitik eine starke und kompetente Stimme. Mit der FDP-Fraktion in der BVV-Mitte stehen die Zeichen dafür gut.

Seit Jahren geht es bei der kommunalen Kulturpolitik angesichts der andauernden Finanzkrise der Kommunen in Deutschland nur noch um das Thema Finanzierung und nicht mehr um künstlerische Positionen und kulturelle Aktivitäten. Trotz der Bezirksfusionen vor zwei Jahren und der damit verbundenen Hoffnung auf Einsparungen und Effizienzsteigerung mussten seitdem sowohl im Programm- als auch im Sachmittelbereich massive Kürzungen vorgenommen werden. Mittlerweile ist das Bezirkskulturamt mit nichts anderem beschäftigt als mit Bestandssicherung und Fehlbedarfsverwaltung. Auch der seit dem Haushaltsjahr 2000 eingerichtete Bezirkskulturfonds, mit dem das Land die Bezirke mit jährlich insgesamt rund 500 T€ in ihrer so genannten dezentralen Kulturarbeit unterstützt, ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein und wird vielerorts als willkommene Hilfe zur Überbrückung der mittlerweile manifestierten Unterdeckung der bezirklichen Haushaltsplanungen betrachtet:

Bedenkt man, dass für die rund 320.000 Einwohner des Neubezirks Mitte in 2002 etwas über 46 T€ aus Bezirksmitteln und 167 T€ aus dem Bezirkskulturfonds zur Verfügung standen, dann

kommt man auf den sagenhaften Jahresbetrag von 1,50 € pro Einwohner im Bezirk Mitte! Damit konnten gerade mal 20% der beantragten Projektmittel bewilligt werden. Bedenkt man, dass es gerade diese Akteure und Initiativen sind, die ein Großteil der kommunalen Kulturszene ausmachen und deren Engagement die öffentliche Hand zum Nutzen der Allgemeinheit unterstützen sollte, dann wird die Brisanz dieser Entwicklung besonders deutlich.

Doch welchen Weg gibt es aus dieser zuweilen aussichtslos erscheinenden Situation?

Erfreulicherweise gibt es in der BVV Mitte einen überdurchschnittlich ausgeprägten Konsenswillen in Sachen Kulturpolitik. Schon nach wenigen Sitzungen haben sich alle Fraktion bei einem „Runden Tisch Kultur“ auf „Leitlinien für die kommunale Kulturarbeit“ ein-

gen können. So sehr dieser politische Erfolg zu begrüßen ist, der eigentliche Erfolg steht auf einem anderen Blatt – wenn auch die Geschichte noch nicht zu Ende geschrieben ist und die eigentliche Arbeit jetzt erst beginnt: In Vorbereitung auf den Runden Tisch wurden erste grundlegende Analyse des bezirklichen Kulturangebots erstellt. Das Ergebnis ist zwar noch längst nicht ein fundierter Kulturwirtschaftsbericht, doch die Grundlagen dafür sind gelegt.

Die Aufgabe der FDP-Fraktion in der BVV besteht nunmehr aus zwei Teilen: Zum einen darin, Kunst und Kultur als essentielle Bestandteile der modernen Wissens- und Informationsgesellschaft innerhalb der politischen Arbeit weiterhin prominent zu positionieren und auf ihre Bedeutung für die Bereiche Bildung und Soziales hinzuweisen. Zum anderen darin, die bezirklichen Anstrengungen in dieser Hinsicht z.B. durch regelmäßige Abfrage und Überprüfung der Zielerfüllung kritisch zu begleiten. Damit ist keine Zeit zu verlieren, denn: die nächste fragwürdige Fusion (Berlin-Brandenburg) steht ins Haus und in jedem Fall sollte die Kulturlandschaft von Berlins Mitte spätestens dann solide organisiert und finanziert sein.

Bernhard S. Elias (OV Wilhelmstadt) ist Vorsitzender des FDP-Landesfachausschusses Kultur und Medien

Aus dem Abgeordnetenhaus

Ein Land ohne Haushalt

von *Martin Matz*

Meine Arbeit als Haushälter, aber auch die im Ausschuss für Gesundheit und Soziales war im letzten Monat stark von den Haushaltsberatungen geprägt – von vorbereitenden Anträgen hatte ich an dieser Stelle schon früher berichtet. Wir waren schon relativ weit, die Beratungen in den Fachausschüssen abgeschlossen, die zweiten Lesungen standen für die Einzelpläne im Hauptausschuss an, verschiedene FDP-Initiativen waren gestellt (siehe www.Martin-Matz.de/Haushalt.htm). Da platzte die Bombe am Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin: Der Haushalt für 2002 und 2003 war verfassungswidrig. Der Senat hatte es versäumt, die Eignung der Ausgaben zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts unter Beweis zu stellen.



Die vom selben Tag an geltende Haushaltssperre für die restlichen Wochen des laufenden Jahres bleibt ohne größere Auswirkungen, denn das Geld für das laufende Jahr ist fast ausnahmslos schon gebunden. Was die Entscheidung des Gerichts für den neuen Doppelhaushalt bedeutet, ist dagegen interpretierbar.

Die ersten Ankündigungen über die Presse und in einer Sitzung des Hauptausschusses empörten mich: Die Sprecher von SPD und PDS, aber auch die Grünen kündigten an, man brauche nur mehr Zeit, um die Ausgabentitel im Haushalt mit besseren Begründungen zu versehen – ein neuer Haushalt sei nicht nötig.

Dabei geht die Entscheidung der Richter deutlich weiter. Sie zeigen zwar die Möglichkeit auf, auch in einer extremen Haushaltsnotlage die Kreditgrenzen der Verfassung zu überschreiten <http://www.berlin.de/SenJust/Gerichte/LVerfGH/presse/archiv/16056/index.html>.

Doch dann müssen sich die Ausgaben aus „bundesrechtlichen Verpflichtungen und (...) aus landesverfassungsrechtlichen Vorgaben“ ableiten lassen. Das wird dem Senat bei vielen Ansätzen des Doppelhaushalts schwer fallen – ich denke, hier ist Sanierungsverschärfung gefragt und nicht nur Lyrikverschärfung.

Martin Matz MdA (OV Tiergarten) vertritt die FDP Mitte im Abgeordnetenhaus von Berlin und ist unter matz@fdp.de erreichbar

Aus der Landespartei

Und sie bewegt sich doch

von *Gaby Heise*

Streiten will gelernt sein – und lernen muss die FDP insoweit noch einiges. Das jedenfalls ist Mehrheitsmeinung im Landesvorstand mit Blick auf die Ereignisse der letzten Wochen. Kritik an der Sacharbeit der Bundespartei, wie von Martin Lindner geäußert, ist richtig und wichtig. Kritik an der Führungsspitze schadet, wenn sie unsachlich und diffamierend ist. Öffentlicher Streit erregt Aufmerksamkeit – aber nutzt er auch? Kaum.



Die FDP wird momentan zwar wahr-, nicht aber ernstgenommen. Das muss schnell ein Ende haben. Seit dem vergangenen Wochenende scheinen die Chancen dafür gut zu sein. Der Bundesvorsitzende hat nicht nur geredet (mit den Mitgliedern des Präsidiums, den Fraktionsvorsitzenden, den Angreifern aus den eigenen Reihen), sondern auch geschrieben: ein Positionspapier. Gewiss, über seinen Inhalt kann man unterschiedlicher Meinung sein, aber es ist ein erster Schritt. Die Partei bewegt sich wieder – nicht gegen sich selbst, sondern gegen den Stillstand in Deutschland und die verheerende Politik von Rot/Grün. Es bleibt zu hoffen, dass diese Bewegung anhält.

Auch der Berliner Landesverband bewegt sich – mit großen Schritten Richtung Landesparteitag und Landesvertreterversammlung. Neben der Satzungsdiskussion wird mit Spannung die Rede des Bundesvorsitzenden auf dem Parteitag erwartet. Auf der Landesvertreterversammlung wird neben der Wahl der Delegierten für den Europatag und der Kür eines Berliner Kandidaten/einer Berliner Kandidatin, der/die um einen vorderen Listenplatz auf der Bundesliste kämpfen wird, ein europapolitischer Leitantrag des Landesvorstandes im Mittelpunkt stehen. In welchen Grenzen soll sich Europa zukünftig bewegen, wie hält es die Berliner FDP mit einem „Europa der zwei Geschwindigkeiten“, wie kann ein europäischer Energiemix aussehen? Diese Fragen versprechen eine interessante, lebhaft Diskussions.

Seien Sie dabei, bewegen Sie sich nach Neukölln, kommen Sie am 28. und 29.11. ins Hotel Estrel.

Gabriele Heise (OV Friedrichstadt) ist stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes Berlin der FDP

Berichte aus Mitte

Investoren unterstützen!

Henner Schmidt für die BVV-Fraktion

Die BVV-Fraktion wird in nächster Zeit zwei Themen verstärkt bearbeiten. Bei diesen haben wir bereits Erfolge erzielt und können uns deutlich von allen anderen Fraktionen abgrenzen.

THEMA I: WEG MIT DER BÜROKRATIE, FREIES WIRTSCHAFTEN IN MITTE – Die Verwaltung im Bezirk Mitte hat über Bundes- und Landesregelungen hinaus weitere bürokratische Vorschriften nur für Mitte entwickelt. Diese sind teilweise völlig abstrus (z.B. die „Currywurstquote“ in der Müllerstr.). Der Bezirk belastet damit besonders die kleinen Gewerbetreibenden und den Mittelstand. Die BVV-Fraktion der FDP wird weitere derartige Beispiele aufgreifen und Gewerbetreibende direkt ansprechen.

THEMA II: SCHLUSS MIT DER INVESTORENDISKRIMINIERUNG IN MITTE – Die PDS, Grüne und auch die CDU haben bisher bei jedem größeren Bauvorhaben in Mitte alles Mögliche und Unmögliche versucht, um Bauprojekte zu verzögern und mit zusätzlichen Auflagen zu versehen. Investoren wurden in den Ausschüssen der BVV sogar heftig verbal attackiert. Manche Projekte wurden so ganz zu Fall gebracht, viele Projekte um Monate oder sogar Jahre verzögert. Auch die FDP will, dass Bauprojekte sich in ihre Umgebung einpassen, wir sind aber grundsätzlich dafür, dass Investitionen unterstützt und nicht verhindert werden. Deshalb werden wir uns für Investoren einsetzen und deutlich machen, wie sich die CDU in Mitte als Investitionsverhinderungspartei darstellt.

Kaufhof am Alex – Denkmal für die DDR?

CDU, PDS und SPD wollen unbedingt die Fassade des Kaufhofs (früher Centrum) am Alexanderplatz erhalten. Der Kaufhof weiß, warum er die Fassade anpassen will – der Alexanderplatz verändert sich stark und bald etabliert sich auf der anderen Seite mit der Bebauung der „Banane“ ein neuer Wettbewerber. Die PDS stilisiert den Kaufhof zu einem zweiten Palast der Republik hoch und will die Fassade ganz schützen. CDU und SPD als Volksparteien wollen von allem etwas: Ein bisschen Hollywood, ein bisschen steinerne Stadt und ein bisschen DDR-Romantik - vereint in einer Fassade. Das wäre dann das perfekte CDU/SPD-Denkmal für die DDR. Wir können uns dagegen nicht vorstellen, dass alle Menschen in den Ostbezirken automa-

tisch die derzeitige Fassade des Kaufhofes lieben sollten, nur weil sie früher schon da war.

Bezirkshaushalt gegen Grün verabschiedet

Der Bezirkshaushalt für die Jahre 2004/05 wurde in der letzten Sitzung der BVV verabschiedet. Obwohl der Entwurf im Hauptausschuss zuvor von allen Fraktionen getragen worden war, stimmten die Grünen dagegen. Die PDS versteht dies als Aufkündigung der Vertragsgemeinschaft von CDU/Grün/PDS. Wir glauben, dass die Grünen nur Aufmerksamkeit erregen wollten - dafür ist aber das Thema zu ernst. Die FDP-Fraktion sieht keine Alternative zum Entwurf, zumal der in wesentlichen Bereichen (Personaleinsparung, Anreize zum Energiekosten sparen) unseren Vorstellungen entspricht. Leider ist der Haushalt nicht sehr transparent. Die FDP-Fraktion wird jetzt vor allem die Haushaltsdurchführung kritisch begleiten. Wir denken, dass beim Verwaltungspersonal Effizienzreserven stecken. Außerdem müssen die Überschreitungen im Sozialetat geringer werden. Der Bezirk gibt über 40% des Budgets für Soziales (Sozialhilfe, Wohngeld etc.) aus. Allein bei den „steuerbaren Ausgaben“, also solchen, bei denen die Sozialverwaltung Ermessensspielraum hat, wird 2003 das Budget um ca. 20 Mio. Euro überzogen werden. Mit solchen Summen könnten die Probleme der verfallenden Schulen und Straßen gelöst werden. Der zuständige Stadtrat Hanke (SPD) muss sich also endlich anstrengen, sein Budget in den Griff zu bekommen!

BND in Mitte? – warum nicht?

Die FDP-Fraktion wendet sich gegen jede Panikmache in der Diskussion über die Ansiedlung des BND in Mitte. Vielleicht haben einige Leute einfach zu viele James-Bond-Filme gesehen. 4.000 Arbeitsplätze in Mitte mit ihrer Auswirkung auf Einzelhandel, Gastronomie etc. sind für uns ein Grund, die Ansiedlung des BNDs zu begrüßen. Uns wäre es aber lieber, wenn ein anderer Standort als das ehemalige Stadion der Weltjugend gefunden werden könnte. Das hat auch damit zu tun, dass wir uns mit bei der Bildung der Zählgemeinschaft zur Bürgermeisterwahl mit CDU und Grünen gemeinsam auf eine andere Nutzung des Geländes geeinigt hatten.

Wir sind ansprechbar über das

Fraktionsbüro der FDP in der BVV Mitte, Neues Stadthaus, Raum 230, Parochialstr. 1-3, 10179 Berlin, Telefon 2009 24 365

Öffnungszeiten: Mo, 12:00 bis 20:00, Di, Do 12:00 bis 18:00

Rücktritte im Bezirksvorstand

Henner Schmidt hat seinen Rücktritt als Bezirks-Schatzmeister erklärt mit Wirkung zum Rechnungsabschluss am 31.12.2003.

Der Bezirksvorstand hat beschlossen, einen Amtsnachfolger Anfang 2004 durch den Bezirksausschuss wählen zu lassen.

Maximilian Findeisen hat seinen Rücktritt als Beisitzer im Bezirksvorstand erklärt mit sofortiger Wirkung.

Der Bezirksvorstand hat beschlossen, einen Amtsnachfolger am 19.11.2003 durch den Bezirksausschuss wählen zu lassen.

Reformen sind gefordert

Jan Losemann für den OV Friedrichstadt

Die sehr gut besuchte Mitgliederversammlung vom 21.10 nahm einstimmig einen Antrag an, in dem die Verbesserung des Internetauftritts der Bundes-FDP gefordert wird. Weiterhin wurde ein Antrag zur "Situation der FDP im Allgemeinen und des Bezirks Mitte im Besonderen" diskutiert und in großen Teilen auch verabschiedet. Die Diskussion zeigte, dass reale Möglichkeiten bestehen, um säumige Ortsverbände zur Zahlung von Beiträgen zu veranlassen. Der Bezirksvorstand wurde aufgefordert, die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen, falls am 30. November immer noch Rückstände von Ortsverbänden bestehen sollten. Es bestand Einigkeit, dass die aktuelle Situation im Bezirksvorstand im Rahmen der nächsten Bezirksausschuss-Sitzung diskutiert werden sollte. Dem "Reformantrag" des Bezirksvorstands stimmte die Versammlung inhaltlich zu, stellte aber auch fest, dass der Antrag als Reaktion auf das sog. "Lindner-Papier" ungeeignet ist und sich zu sehr in Einzelheiten verliert. Über die aktuelle Situation der FDP soll auf der Mitgliederversammlung am 11.11 mit Dr. Martin Lindner weiter diskutiert werden.

Reform-Brunch

Michael Saß aus dem OV Tiergarten

Oktober-Brunch des Ortsverbandes Tiergarten: Der FDP-Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus, Dr. Martin Lindner, legte den dringenden Bedarf an liberalen Reformen in Bund und Land sowie die diesbezüglichen programmatischen Defizite der Bundes-FDP dar. In der Diskussion fand Lindner breite Zustimmung.

Gesundheit und Museum

Marcus Grobecker aus dem OV OT

Thema der Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Oranienburger Tor am 16.10., die per Beschluss die Verbesserung des Internetauftritts der Bundes-FDP forderte, waren „Liberale Alternativen zu den gesundheitspolitischen Vorschlägen der Bundesregierung“. Der Ortsvorsitzende, Johannes Winter, hatte Herrn Dr. Dieter Thomae, den gesundheitspolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, zum Gespräch geladen. Thomae legte seine Position zu den Themen Bürgerversicherung, Apotheker und Ärzte dar. In der anschließenden regen Diskussion machte der Ortsverband, aber auch anwesende Gäste (Erfolg der Postkarten-Aktion an 16.000 Haushalte) deutlich, dass es nicht sein kann, dass auf der einen Seite die FDP für einen Wettbewerb auf allen Ebenen eintritt, aber sich auf der anderen Seite zu nackter Klientelpolitik zugunsten der Apotheker und Ärzte hinreißen lässt. Der Ortsverband mahnte hier eine klarere und öffentlichkeitswirksamere Positionierung der FDP mit ihren Inhalten an.

Am 09.10.2003 hatte der Ortsverband Oranienburger Tor über Christian Platzer zu einer Exkursion zum Thema „Masterplan Museumsinsel“ mit Barbara Großerhode, der zuständigen Referatsleiterin im zuständigen Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, geladen.

Areal Schlossplatz Berlin-Mitte

(Wieder-)Ausbau der Bundeshauptstadt zur Europäischen Kulturmetropole

Die FDP-Fraktion in der BVV Mitte und der Bezirksverband der FDP Mitte veranstalten in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft Historisches Berlin e. V.

**am Dienstag den 02.12.2003 um 19 Uhr,
im Roten Rathaus, Rathausplatz (Alex),
Louise-Schroeder-Saal (Raum 337)**

eine Informations- und Diskussionsveranstaltung.

Einer der Schwerpunkte wird die längerfristige Finanzierung von Auf- und Ausbau des Stadtschlossareals sein.

Als Diskussionsteilnehmer werden Architekten, Kunsthistoriker, Stiftungsmitglieder und Abgeordnete Ihre Fragen beantworten.

Personalien

(au) Der Liberale Stammtisch Mitte im Oktober sah Bezirksausschuss-Sprecherin **Dörte Other** (Friedrichstadt) und den LC-Chefredakteur **Nils Augustin** (Oranienburger Tor) im Gespräch mit erfreulich vielen Interessenten. Mit Ende ihrer Mitgliederversammlung stießen dann zahlreiche Parteifreunde aus dem OV Tiergarten hinzu, unter anderem dessen Ortsvorsitzender **Peter Pawlowski**, der stellvertretende Bezirksvorsitzende **Martin Matz** MdA, das Bezirksvorstandsmitglied **Kurt Lehner** und **Antje Pieper**.

(wi) Am 10.10. wählte das Berliner Abgeordnetenhaus auf Vorschlag der FDP-Fraktion **Antje Pieper** (Tiergarten), frühere Justiziarin des WDR, in den Medienrat der Medienanstalt Berlin-Brandenburg. Als Vorsitzender des Gremiums wurde der Ex-Präsident des Bundesverfassungsgerichts, **Ernst Benda**, bestätigt; außerdem wurde die Chefredakteurin der "taz", **Bascha Mika**, in das Gremium gewählt. Die CDU-Fraktion hatte nach internem Streit auf einen Kandidaten verzichtet, und in einer Schlappe für die rot-rote Koalition erhielt ein weiterer Kandidat nicht die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit.

(ro/au) Auf Einladung der Friedrich-Naumann-Stiftung sprach der Dalai Lama im Audimax der Humboldt-Universität zum Thema „Freiheit und Verantwortung“ – im Auditorium waren u.a. der stellvertretende FDP-Landesvorsitzende **Markus Löning** MdB (Steglitz-Zehlendorf), Landesgeschäftsführer **Knut-Michael Wichalski** (Wilhelmstadt) und die Bezirkspressesprecherin **Martina Rozok** (Friedrichstadt). Parteifreunde suchen bei den dreien seither nach ersten Anzeichen von Erleuchtung.

(au) Kein Raum für Zweifel bleibt an der Wirkung von **Markus Löning** auf eine Besuchergruppe aus dem schweizerischen Aargau. Ausführlich preist die Kantons-Zeitung Löning als „überzeugenden Mann“ mit „gewinnender Art“ und „geschliffener diplomatischer Höflichkeit“ sowie „überlegt vorgetragene Hintergrundinformationen, dargeboten mit spürbarem Engagement“. Im Treffen mit Löning sei die „hauptsächliche Qualität“ der Berlin-Reise zu finden.

(au) Die engagierte Debatte um die programmatische Revitalisierung der Bundes-FDP geht weiter. Der FDP-Fraktionsvorsitzende im Berliner Abgeordnetenhaus, **Martin Lindner** MdA (Steglitz-Zehlendorf), dessen Kritik-Papier („ängstlich, inkonsequent, oberflächlich“) die Diskussion wesentlich mit angestoßen hatte, durfte sich beim Brunch des OV Tiergarten über große Zu-

stimmung freuen; demgegenüber musste der gesundheitspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, **Dieter Thomae** MdB (Rheinland-Pfalz), beim OV Oranienburger Tor erleben, dass die Partei Zögerlichkeit und tumben Klientelismus leid ist. Verdienste in der Bundes-Debatte erwarb sich Landesvorstandsmitglied



Tim Stuchtey (Tiergarten, Foto), der darauf hinwies, dass fehlendes ordnungspolitisches Profil nicht primär dem Bundesvorsitzenden **Guido Westerwelle** MdB (NRW) anzulasten sei, dessen frisches Positionspapier auch den rechten Weg weise, sondern dass man bei der Suche nach der Verantwortung eher bei dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden und „wirtschaftspolitischen Sprecher“ **Rainer Brüderle** MdB (Rheinland-Pfalz) fündig werden könnte.

(au) Selbstbewusst betrat **Maren Jasper** (OT) die Bühne der Bundespolitik. Auf der konstituierenden Sitzung des FDP-Bundesfachausschusses „Umwelt“ gaben dessen Mitglieder auf Aufforderung der Vorsitzenden **Birgit Homburger** (Baden-Württemberg) Vorschläge zu Themen ab, bis sich zuletzt Jasper zu Wort meldete: Alle schönen Worte seien doch recht nutzlos, solange man nicht erreiche, dass die Stimme der FDP in der Umweltpolitik überhaupt wahrgenommen werde. Mit Anerkennung nicht nur von JuLi-Ausschussmitglied **Marescha Rufert** (Charlottenburg-Wilmersdorf) nahm sie den unvermeidlichen Ausbruch der Vorsitzenden zur Kenntnis.

(ro) Der Bundesvorstand der Liberalen Frauen hat in einer Pressemitteilung seine Unterstützung von FDP-Generalsekretärin **Cornelia Pieper** (Sachsen-Anhalt) gegenüber einer geschmacklosen Home-Story im „Stern“ ausgedrückt. Aus Mitte formulierten die ehemalige FDP-Generalsekretärin **Irmgard Schwaetzer**, TDH-Referentin **Daniela Zehentner** und **Martina Rozok** (alle Friedrichstadt).

(ro) Die Party des neuen Pressechefs der SPD-Europawahl-Kampa, **Christian Arns**, besuchten zwei Liberale: **Peter Altmiks** (OT) und **Martina Rozok** sahen sich die Roten aus der Nähe an.

Leserbriefe

von Mehmet Daimagüler (F'hain-K'berg)

Wieder eine gelungene Ausgabe eures Blattes....

von Kurt Lehner (OV Tiergarten)

In der jüngsten Ausgabe unserer innig geliebten Bundes-Parteizeitung „Liberale Depesche“ habe ich mir erlaubt, auf das Demokratiedefizit der EU hinzuweisen – natürlich auch kein wirklich neuer, aber in der politischen Diskussion in Deutschland weitgehend ignoriertes Gedanken: Es geht bei Europas Einigung um ein Dilemma, vor dem Deutschlands Liberale schon einmal standen, vor etwa 150 Jahren. Auch damals ging es um die Frage: Einheit? Oder Freiheit? Die einen glaubten, auf bestimmte demokratische Freiheitsrechte einstweilen verzichten zu sollen, um die nationale Einheit zu erreichen, andere hielten eher die nationale Einheit für verzichtbar. Heute stehen wir Liberale vor der gleichen Frage, auf europäischer Ebene.

Leider führt solche Thematisierung sogleich zu einer Stigmatisierung als „Euro-Skeptiker“. Ich muss diesen - tatsächlich erhobenen - Vorwurf zurückgeben: sein Urheber ist ein „Demokratie-Skeptiker“, denn derzeit "kann keine wissenschaftliche Apologie dafür herhalten, die demokratische Qualität der EU schöner zu reden, als sie ist. (...) Die EU ist noch weit davon entfernt, den anerkannten Standards der Demokratietheorie zu entsprechen, wie diese konstitutiv für die Legitimität jedes ihrer Mitgliedsstaaten ist", wie der Politologe Ludger Kühnhardt festgestellt hat. Gerade für Liberale ist es unabdingbar zu diskutieren, wie und unter welchen Bedingungen Europa zu einem ist, ohne demokratische Grundwerte aufzugeben. Europäische Einigung darf nicht, wie es viele schon empfinden, zum Synonym für Entdemokratisierung und Bürgerferne

werden. Ein Liberaler wird und muss also auch sagen dürfen, dass etwa die Zwitterkonstruktion der EU als einerseits intergouvernementaler und andererseits supranationaler Einrichtung als Begründung für die Stimmengewichtung im Europäischen Rat noch bis zu einem gewissen Grad nachvollziehbar sein mag, für ein direkt gewähltes Parlament ist sie inakzeptabel. Hier wird einer Institution ein demokratischer Anstrich verpasst, die letztlich einer ethnischen Diskriminierung politischer Bürgerrechte Vorschub leistet. Es besteht die Gefahr, dass auf dem Altar der europäischen Einigung die liberale Grundidee der Demokratie, *one man - one vote*, geopfert wird. Verbunden mit der auch im Konventionsentwurf völlig unzureichenden Kompetenzabgrenzung der EU gegenüber den Nationalstaaten, Regionen und Kommunen muss dies erhebliche Bauchschmerzen bereiten.

Grundsätzliche, gar verfassungstheoretisch anmutende Fragen wie diese sind es zwar nicht, die vom Herz des allzu sehr geschröpften und von der Regierung ziemlich gründlich – man verzeihe mir den Kraftausdruck – verarschten Bürgers als dringendste empfunden werden: Aber dass er kaum mehr eine Möglichkeit hat, abgehobene Politiker zu kontrollieren und ihre Entscheidungen zu stoppen oder rückgängig zu machen, erfährt er tagtäglich, besonders im Europa-Kontext – man denke nur an die Euro-Einführung. Für Liberale müssen deshalb nicht irgendwelche multilateralen Machtgebilde im Mittelpunkt des Interesses stehen, so sinnvoll sie auch erscheinen mögen, sondern die Rechte und Möglichkeiten des Bürgers, durch Wahlen und Abstimmungen auf Politik unmittelbar Einfluss nehmen und somit selbst Anwalt seiner Interessen sein zu können. Nur dann ist die Freiheit des Einzelnen gegenüber ausufernden Bürokratien zu behaupten.

Liberales Unternehmen in Mitte: André Panné



André Panné, inzwischen integrierter Neuberliner, ist seit Anfang 2003 Mitglied im FDP-Ortsverband Oranienburger Tor. 2002 kam er nach Berlin - und das hielt, was es versprach: Kiez, Szene, Kultur, eine Altbauwohnung mit hohen Decken und eine echte (Ost-)Berlinerin, die mittlerweile seine Frau wurde. Januar 2003 Jahres gründete André Panné das Beratungs- und Marketing-Dienstleistungsunternehmen TRADUM. Dessen Angebot reicht von strategischer Beratung über die Unterstützung in operativen Aufgabenstellungen bis hin zum Outsourcing ganzer Marketingabteilungen. Zielgruppe ist die IT-Industrie, von IT-Beratungsunternehmen über IT-Dienstleistungsfirmen bis zu Hard- und Softwareherstellern. In der FDP engagiert sich André Panné im Landesfachausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Arbeit.

Termine

November 2003

- 11.11 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Scheselong (Wilsnacker Str. 61)
- 11.11 20.00h OV Friedrichstadt: **Mitgliederversammlung** - Thema: Aktuelle Situation der FDP, Referent: Martin Lindner - im Löwenbräu (Leipziger Str. 65)
- 17.11 19.00h LV Berlin: Konstituierende Sitzung des neuen **Landesfachausschusses** „Gender“ im Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 275
- 18.11 20.00h OV Oranienburger Tor: **Mitgliederversammlung** - Thema: Kritik an der Globalisierungskritik, Referent Otto Lampe - im Restaurant Degustation (Auguststr. 53)
- 19.11 19.00h BV Mitte: **Bezirksausschuss** im Rathaus Tiergarten (Turmstrasse), ehem. BVV-Saal, 1.OG
- 24.11 20.00h OV Wilhelmstadt: **Mitgliederversammlung** im "you're welcome" (Große Hamburger Str. 16-17)
- 25.11 20.00h **Liberaler Stammtisch Mitte** in der Schinkelklausur, Keller im Opernpalais (Unter den Linden 5)
- 27.11 20.00h BV Mitte: **Umweltpolitischer Gesprächskreis** - Thema: Marktwirtschaftliche Förderung von Zukunftsenergien, Referent: Wolfgang Oels (McKinsey) - im Honigmond (Borsigstrasse)
- 28.11 LV Berlin: **Außerordentlicher Landesparteitag** - Thema: Satzung des Landesverbandes Berlin der FDP - im Hotel Estrel
- 29.11 LV Berlin: **Landesvertreterversammlung** - Wahl der Delegierten zur Bundesvertreterversammlung - im Hotel Estrel
- 30.11 11.30h OV Tiergarten: **Brunch** - Thema: Drogenpolitik - im Wahlhalla (Krefelder Straße 6)

Dezember 2003

- 02.12 19.00h BV Mitte und BVV-Fraktion: **Information und Diskussion** - Thema: Stadtschloss - im Roten Rathaus (Rathausplatz), Louise-Schroeder-Saal (3. Etage, Raum 337)
- 09.12 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Scheselong (Wilsnacker Str. 61)
- 09.12 20.00h OV Friedrichstadt: **Weihnachtsfeier** im Löwenbräu (Leipziger Str. 65)
- 12.12 20.00h OV Oranienburger Tor: **Weihnachtsfeier**

Januar 2004

- 25.01 LV Berlin: **Außerordentlicher Landesparteitag** - Thema: Satzung des Landesverbandes Berlin der FDP

Weiterer Termin für Weihnachtsfeier: Für die Weihnachtsfeier des OV Tiergarten sind der 07. und der 16. Dezember im Gespräch.

Stellenanzeige: Die FDP-Bundesgeschäftsstelle in der Reinhardtstrasse sucht laufend Mitarbeiter für Teilzeittätigkeit im FDP-Point. Ideal für Studenten. FDP-Mitgliedschaft erwünscht. Interessenten wenden sich an Gabi Renatus renatus@fdp.de.

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der 5. Tag jedes Monats. Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter www.liberal-central.de.